

Statement der Staatsministerin für Kultur und Medien bei der Pressekonferenz des Deutschen Musikrates, 23. März 2004

Meine Damen und Herren,

wenn wir heute das neue Generalsekretariat des Deutschen Musikrates in Berlin eröffnen, dann sind damit eigentlich gleich drei gute Botschaften verbunden:

Zum einen darf die Krise des Deutsche Musikrates als wirklich beendet betrachtet werden, die Insolvenz konnte abgewendet und die Geschäftsfähigkeit wieder hergestellt werden.

Die strukturelle Reform des Musikrates ist gelungen, und zwar organisatorisch wie personell.

Drittens lässt sich konstatieren, dass der Deutsche Musikrat positioniert sich gegenüber der Politik stärker als Interessenverband. Die Bundesregierung ist darüber erfreut. Ich spreche hier auch im Namen meiner Kollegin Renate Schmidt, deren Haus insbesondere im Bereich der kulturellen Jugendarbeit eng mit dem Deutschen Musikrat zusammenarbeitet.

Meine Damen und Herren,

ich sehe den Deutschen Musikrat als wichtigen Ratgeber in der kulturpolitischen Debatte über die Werte in einer Gesellschaft. Wir sind längst dabei, uns über kulturpolitische Ziele, über Fehlentwicklungen oder auch fehlende Entwicklungen zu verständigen. Dieser Diskurs muss mit neuer Dynamik fortgeführt

werden. Hier liegt nach meiner Auffassung auch ein großes Potential für den Deutschen Musikrates, und ich möchte für mich in Anspruch nehmen, diese Diskussion auch zur eigenen Politikberatung herauszufordern und zu nutzen. Ich hoffe sehr, dass das Büro des Generalsekretariats in Berlin kein leeres Symbol bleibt, sondern einen nachhaltigen kulturpolitischen Impuls auslöst – uns zwar nicht nur auf der Bundesebene!

Noch einmal zurück zum Neustart des Musikrates. Zur gelungenen Reorganisation gehört die Gründung einer Träger-GmbH für die bekannten und auch erfolgreichen Projekte wie den Deutschen Musikwettbewerb, den Deutschen Chor- und Orchesterwettbewerb, das Dirigentenforum, die Förderprojekte für Neue Musik oder „Jugend Musiziert“. Sehr zufrieden bin ich darüber, dass es uns mit der Reorganisation endlich auch eine dauerhafte Finanzierung des Deutschen Musikinformationszentrums gelungen ist, das im Datenzeitalter eine unverzichtbare Informations- und Dokumentationsarbeit leistet, auch als Informationsportal im internationalen Kulturaustausch.

Ich gratuliere Herrn Höppner herzlich zu seiner Bestellung als Generalsekretär des Deutschen Musikrates und wünsche ihm eine „glückliche Hand“, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Es spricht für sich, dass hier jemand ausgewählt wurde, der als Leiter einer Musikschule weiß, wie es um die ästhetische Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen bestellt ist. Herr Höppner ist also mit einer der Kernaufgaben des Musikrates bestens vertraut. Er gehörte zudem zum Vorbereitungsstab des Projekttagess „Musik für Kinder“ beim Bundespräsidenten. Deshalb ist mir nicht bange, dass

der Deutsche Musikrat die Initiative dieses Tages und des angeschlossenen Kongresses im Sande verlaufen lässt, sondern sie in politischen Aktionen und kulturellen Projekten verstetigt.

Lassen Sie mich kurz noch auf einige aktuelle musikpolitischen Themen eingehen.

Die Forderung der Musikwirtschaft nach einer Quote für deutsche Musikproduktionen in den Hörfunkprogrammen ist in den letzten Wochen etwas abgeklungen. Das hat aber damit zu tun, dass die Wirtschaft einen radikalen Kurswechsel ansteuert, der die Förderung nationaler Produktionen vernachlässigt. Man darf jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern muss die Diskussion vertiefen. Die Auseinandersetzung darüber, in welcher Weise die Musik – und zwar in allen Facetten – in den öffentlich-rechtlichen Programme vorkommt, ist nach wie vor virulent. Vor fast einem Jahr haben Ministerpräsident Kurt Beck und ich ein Symposium veranstaltet, in dessen Ergebnis sich Rundfunk und Musikwirtschaft zu weiteren Gesprächen bereit fanden. Seither hat es nur Bewegung in kleinen Schritte gegeben. So haben die Ministerpräsidenten eine bemerkenswerte Protokollnotiz zur angemessenen Berücksichtigung deutscher Musik in den Programmen in den Rundfunkstaatsvertrag aufgenommen. Der Rundfunk, der eine eigene Initiative angekündigt hatte, schweigt noch immer. Mir geht es dabei nicht um die gesunkenen Verkaufszahlen der Musikwirtschaft, sondern um die Entwicklung des kreativen künstlerischen Potentials in Deutschland, das Öffentlichkeit braucht.

Die Frage, ob Kultur eine Pflichtaufgabe des Staates ist, stellt sich nach meinem Verständnis nicht, denn für mich hat der Mensch ein Grundrecht auf kulturelle Bildung und kulturelle Vorsorge. Es wäre sicher hilfreich, wenn es politisch durchsetzbar wäre, dieses Grundverständnis von Kultur auch in den Verfassungen von Bund und Ländern oder in Verwaltungsvorschriften zu verankern. Es ist hilfreich für alle die, die von selbst gar nicht auf das Thema Kultur kommen oder es nur in der Verbindung mit dem schrecklichen Wort Subvention im Munde führen, und für jene, die die täglichen Abwehrschlachten gegen substantielle Kürzungen zu führen haben. Ich will den Disput darüber aus Überzeugung weiterführen. Das Ziel wird aber ohne eine sehr breite Unterstützung nicht zu erreichen sein. Vielen Dank!